

WIR.SIND. GRUNDSCHULE.



Ein Infomagazin
des Verbandes
Bildung und
Erziehung
Dezember 2024

Standpunkte

Allgemein

Die Grundschule hat einen bedeutenden gesellschaftlichen Auftrag. Sie schafft die Grundlage für kreatives, lebenslanges Lernen und legt wichtige Basiskompetenzen, auf die alle weiterführenden Schulen aufbauen.

Deputate, Klassenteiler und Krankheitsreserve

Die Deputate der Lehrkräfte müssen auf 25 Stunden gesenkt werden, da die pädagogischen Aufgaben ständig wachsen. Die Klassengröße ist rechtlich verbindlich auf maximal 22 Schulkinder zu beschränken. Zur weiteren Entlastung der Lehrkräfte ist eine Lehrerversorgung von 110% zwingend anzustreben.

Kooperation KiTa und Grundschule

Damit der Übergang von der KiTa in die Grundschule für jedes Kind gelingt, muss die Anzahl der Kooperationsstunden deutlich erhöht werden.

Klassenlehrerstunde, Ergänzungsbereich und zusätzliche Förderstunden

Für jede Klasse muss eine Klassenlehrerstunde im Direktbereich verankert werden. Die organisatorischen und pädagogischen Aufgaben der Klassenführung nehmen immer mehr Zeit in Anspruch. Jede Schule muss feste Stunden im Ergänzungsbereich über den Direktbereich zugewiesen bekommen. Darüber hinaus ist die Förderung von Kindern mit Teilleistungsschwächen eine wichtige Aufgabe der Grundschule. Hierfür ist eine angemessene Anzahl zusätzlicher Förderstunden bereitzustellen.

Besoldung

Die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A 13 sind schnellstmöglich zu schaffen.

Inklusive Settings ermöglichen

Inklusive Klassen sind bedarfsgerecht mit einer Grundschul- und einer sonderpädagogischen Lehrkraft zu besetzen. Diese Lehrkräfte benötigen eine angemessene Anzahl an Teamstunden. Inklusive Bestuhlung kann nur gelingen, wenn räumliche und finanzielle Ressourcen gestellt und multiprofessionelle Teams eingesetzt werden. Dies darf nicht zu Lasten des SBBZ erfolgen. Die Schülerzahl inklusiver Klassen darf nicht über 20 liegen.

Wahlmöglichkeit beim Ganztag

Der VBE setzt sich für Wahlfreiheit beim Ganztag ein. Den Personensorgeberechtigten muss die Wahl gelassen werden, ob und in welchem Umfang sie die Betreuung in Anspruch nehmen wollen.

Religions- und Ethikunterricht

Der konfessionelle Religionsunterricht muss erhalten bleiben. Parallel hierzu ist in allen Klassenstufen Ethikunterricht einzuführen. Islamischer Religionsunterricht, sofern er angeboten wird, ist durch hiezulande ausgebildete Lehrkräfte auf Basis eines mit dem Grundgesetz in Einklang stehenden Islams zu erteilen.

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

vor über 30 Jahren entschloss ich mich voller Überzeugung und mit viel Enthusiasmus dazu, ein Lehramtsstudium zu beginnen und meinen Traumberuf zu ergreifen. Ich wollte unbedingt an der Grundschule arbeiten und war von meinem Weg nicht mehr abzubringen. In der Praxis angekommen, freute ich mich jeden Tag auf die facettenreiche Arbeit mit den Kindern, auf ihren Wissensdurst und diese unstillbare Neugier. Ich wollte ihnen nicht nur Lesen, Rechnen und Schreiben beibringen, sondern auch etwas fürs Leben mitgeben, ihre Begabungen, Talente und Fähigkeiten fördern und einen wertschätzenden, respektvollen Umgang im Miteinander pflegen.

Drei Jahrzehnte später bin ich leider ein Stück weit desillusioniert. Der für mich schönste Beruf der Welt hat Federn gelassen. Ich liebe meinen Beruf nach wie vor, keine Frage. Allerdings haben die vielen Herausforderungen inzwischen ein Ausmaß angenommen, das immer schwieriger zu handhaben ist. Kinder und Eltern sind heutzutage so vielfältig, wie es unsere Gesellschaft eben auch ist. Wir sehen heute, ganz nüchtern betrachtet, immer mehr Kinder an die Schulen kommen, denen die Grundvoraussetzungen für einen erfolgreichen Schulbesuch schlichtweg fehlen. Kinder, die beispielsweise den Toilettengang nicht mehr beherrschen. Kinder, die nicht mit Stift und Schere umgehen können. Kinder, die kein Wort Deutsch sprechen. Kinder, die sehr gutes Deutsch sprechen, die es aber nicht gewohnt sind, ihre Bedürfnisse auch einmal hintenanzustellen. Kinder, denen es an Empathie und Konfliktfähigkeit fehlt. Viele dieser dennoch liebenswerten kleinen Individuen sind dafür mit einem ausgeprägten eigenen Willen gesegnet und werden im schlimmsten Fall von Rasenmäher- oder Helikoptereltern eng begleitet. Konflikte sind dabei an der Tagesordnung und letztlich vorprogrammiert. Zu diesen Problemstellungen gesellen sich eine Fülle an bildungspolitischen Missständen. Ein bunter Blumenstrauß an immer neuen Bildungsprogrammen auf der einen und viel, sehr viel Vertretungsunterricht auf der anderen Seite erschwe-

ren uns zunehmend den Schulalltag. Lehrkräfte heben berechtigt den Finger und weisen bei der Schulleitung oder dem Schulamt auf Überlastungen hin. Doch nichts passiert, denn diese stecken ja ebenfalls in der Mühle. Ist Aufgeben eine Alternative? Nein, wir brennen ja für unseren Beruf, der für uns schließlich Berufung ist. Trotz der Misere geht es weiter, auch wenn es sich manchmal so anfühlt, dass wir „Gefangene“ des Systems sind.

In diesen Zeiten ist es umso wichtiger, dass eine erfahrene und gut vernetzte Interessenvertretung wie der VBE Baden-Württemberg sich den Problemen annimmt. Als Sprachrohr der Lehrerinnen und Lehrer kann der VBE die unterschiedlichen Problemlagen klar kommunizieren und genauso klare Forderungen ableiten. Im vorliegenden Mehrseiter setzen wir uns für Vereinfachungen bei Kompass 4 ein, fordern den Fortbestand von Lernen mit Rückenwind und beschäftigen uns mit dem neuen Übergangsverfahren NAVI 4. Der Artikel „Under Pressure“ setzt sich mit der aktuellen Bildungspolitik des Landes auseinander und kritisiert dabei auch die fehlende Krankheitsreserve im Primarbereich.

Ihnen liebe Kolleginnen und Kollegen wünschen wir eine angeregte Lektüre und weiterhin viel Erfolg und alles Gute für Ihre tägliche, wertvolle Arbeit!

Walter Beyer
stellvertretender
Landesvorsitzender des
VBE Baden-Württemberg



**Verband Bildung und Erziehung –
Landesverband Baden-Württemberg**
Heilbronner Straße 41 • 70191 Stuttgart
E-mail: vbe@vbe-bw.de • www.vbe-bw.de



Under Pressure

Der Titel dieses Klassikers von Queen und David Bowie passt leider nur zu gut auf die derzeitige Lage an unseren Grundschulen. Ja, wir stehen unter Dauerdruck aufgrund vielfältigster Herausforderungen. Und nein, dies ist kein Gejammer, sondern ein berechtigter Hinweis auf die Situation an unseren Schulen.

Was genau ist so belastend? Um den Rahmen dieses Beitrags nicht komplett zu sprengen, möchte ich mich nachfolgend auf zwei zentrale Punkte fokussieren.

Dringend gesucht: Eine echte Krankheitsreserve

Persönlich kenne ich kein größeres Unternehmen, welches ohne eine Krankheitsreserve arbeitet. Der betriebswirtschaftliche Schaden wäre einfach zu hoch. Da stellt sich schon die Frage, warum dies beim Grundschulbetrieb des Landes mit gut 2.300 Schulen und rund 20.000 Schulklassen anders sein sollte?

Schauen wir auf die Fakten: Das Statistische Bundesamt meldet, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland im Jahr 2023 durchschnittlich

an 15,1 Arbeitstagen krankgemeldet waren. Erfasst sind hier allerdings nur die Fehltage ab dem dritten Arbeitstag, die Dunkelziffer dürfte also nochmal deutlich höher liegen. Dies bestätigt sich in der Auskunft der DAK, die da lautet: „Im Gesamtjahr 2023 waren es im Durchschnitt 20 Fehltage pro Kopf“. Der Spiegel wiederum schreibt, dass Beamtinnen und Beamte im Jahr 2023 im Schnitt rund 22 Tage und Tarifbeschäftigte durchschnittlich rund 24 Tage krank waren. Und die AOK berichtet sogar, dass Berufstätige im Kalenderjahr 2023 durchschnittlich mehr als 26 Tage ausgefallen sind.

Je nach Quelle reicht die Spanne somit von 15 bis 26 Tagen. Gehen wir der Einfachheit halber von 20 krankheitsbedingten Fehltagen aus. An den Schulen kommen dann Fortbildungstage, Dienstbesprechungen, Beurlaubungen, Fehltage aufgrund von außerunterrichtlichen Veranstaltungen usw. nochmals hinzu. Zurückhaltend geschätzt können wir sicherlich fünf weitere Fehltage addieren. Nehmen wir nun ein zwanzigköpfiges Kollegium und rechnen mit durchschnittlich 25 Fehltagen pro Kopf im Laufe eines Schuljahres. Es ist nicht sehr schwierig,

diese kleine Textaufgabe zu lösen und 20 mit 25 zu multiplizieren. Das Ergebnis aber ist umso erschreckender: Wir kommen auf eine Summe von sage und schreibe 500 Fehltagen. Unglaublich also, wie oft Unterrichtsstunden innerhalb eines Schuljahres vertreten, Doppelaufsichten geleistet, bzw. andere Maßnahmen getroffen werden müssen oder gar ganz ausfallen.

Mehrarbeit steht in der Grundschule inzwischen auf der Tagesordnung und ist völlig normal. Alle springen regelmäßig ein und halten den Schulbetrieb durch eine deutlich erhöhte Arbeitslast am Laufen. Es ist jedoch weder die Aufgabe der Schulleitung noch die der Lehrkräfte, einen systematischen Mangel zu kompensieren. Es ist vielmehr die Pflicht des Landes, die Schulen personell so aufzustellen, dass die Erfüllung des Unterrichts sichergestellt ist. Im Rahmen der Fürsorgepflicht und im Hinblick auf den Arbeits- und Gesundheitsschutz darf es nicht zur Regel werden, dass Lehrerinnen und Lehrer mehr als ihr individuelles Deputat unterrichten. Zwingend notwendige Abwesenheitsvertretungen müssen für alle betroffenen Lehrkräfte sowie für die Schulleitungen unter Berücksichtigung von

Belastungs- und Gerechtigkeitsaspekten leistbar und zumutbar sein. All dies lässt nur eine logische Schlussfolgerung zu: Das Land muss endlich eine Krankheitsreserve von 110% an unseren Schulen einrichten, damit der Schulalltag für alle Beteiligten unter fairen Bedingungen gewährleistet werden kann.

Nicht so dringend gesucht: Immer neue Programme, Projekte und Konzepte

Damit kommen wir zum zweiten Punkt. Auch in diesem Schuljahr begleiten uns an den Grundschulen wieder zahlreiche neue Ideen, Programme und Bildungsprojekte, die wir nun vor Ort umsetzen, ausgestalten und verwalten dürfen.

Nehmen wir etwa das Startchancen-Programm. In Baden-Württemberg soll ein Sozialindex sicherstellen, dass dort, wo es am nötigsten ist, künftig auch mehr ankommt. Auswirkungen soll es dabei auch auf die Zuweisung von Deputats-Wochenstunden geben. Der VBE begleitet dieses hoch budgetierte Programm grundsätzlich positiv und dennoch stellen wir fest: Für die betreffenden Kollegien bedeutet es zunächst einmal weitere Mehrarbeit. Sie sollen neue Konzepte entwickeln, passende Kooperationspartner finden und sich mit den anderen Startchancen-Schulen vernetzen.

Gleichzeitig startet mit SprachFit die neu aufgesetzte Sprachförderung an Kitas und Grundschulen. Los geht es mit rund 350 Fördergruppen für Kinder im Vorschulalter. Der flächendeckende Ausbau auf rund 4.200 Gruppen soll bis zum Schuljahr

2027/2028 erfolgen. Die Gruppen können sowohl mit pädagogischen Fachkräften an Kitas als auch mit Lehrkräften an Grundschulen eingerichtet werden. Voraussetzung allerdings ist, dass es das Land überhaupt schafft, ausreichend Sprachfachkräfte auszubilden.

Nicht minder große Ziele verfolgt die Landesregierung beim Ganztagesausbau. Um diesen voranzutreiben und die kommunalen Klagen über zu geringe Fördermittel aufzufangen, hatte das Land zuletzt eine kräftige Finanzspritze von mehreren hundert Millionen Euro bereitgestellt. Unbeantwortet blieben allerdings die Fragen nach einem Qualitätsrahmen und dem Aufzeigen eines realistischen Zeithorizonts für eine flächendeckende Umsetzung.

Dann wären da noch diverse Lernstandserhebungen und Kompetenzmessungen, von Kompass 4 über VERA 3 bis hin zu Lernstand 2, das neue Übergangsverfahren NAVI 4, die angekündigten Juniorklassen ab dem Schuljahr 2025/2026 und und und.

Die Grundschulen werden mit neuen und gutgemeinten Programmen geradezu überschüttet. Sicher gibt es für jedes einzelne dieser Programme gute Gründe und sicher hat jedes für sich genommen seine Berechtigung. Doch wie sagte schon Aristoteles: Das Ganze ist eben mehr als die Summe seiner Teile. Dies kann aber auch ins Negative kippen. Und wenn wir das Gesamtbild betrachten, können wir uns des Eindrucks nicht erwehren, dass die Grundschulen gerade an viel zu vielen Stellschrauben auf einmal drehen müssen.

Fazit

Das Land beschreitet neue Wege. Mit groß angelegten Programmen versucht es, unser Bildungssystem voranzubringen. Kultusministerium, ZSL und IBBW arbeiten auf Hochtouren und schaffen es doch oft erst spät, die notwendigen Informationen auf den Weg zu bringen. Denn auch in den Kultusbehörden ist der Druck hoch und die Personalausstattung ähnlich knapp bemessen wie an den Schulen. Alles ist mit heißer Nadel gestrickt. Oft werden zunächst Spitz auf Knopf politische Entscheidungen getroffen, bevor die betreffenden Behörden diese dann in kürzester Zeit auf den Weg bringen und kommunizieren müssen. Land und Kultusverwaltung dürfen allerdings nicht vergessen, dass die Basis mitgenommen und die Belastung insgesamt gesteuert werden muss. Ein immer Mehr funktioniert nicht, sondern fährt das System – besser gesagt die Lehrkräfte – an die Wand.

Die Praxis ruft nach Entlastung und nicht nach zusätzlicher Belastung!

Mit kollegialen Grüßen
Ihr Walter Beyer
Stellvertretender Landesvorsitzender



Walter Beyer

Das neue Aufnahmeverfahren NAVI 4 BW

**Das Landesreferat Grundschule interviewt
Werner Steiner, Rektor der Grundschule
Unterankenreute, zum Thema
„Neues Aufnahmeverfahren NAVI 4 BW“.**

Landesreferat Grundschule: Herr Steiner, wie setzt sich das neue Aufnahmeverfahren zusammen?

Werner Steiner: Das „Neue Aufnahmeverfahren in Baden-Württemberg (NAVi 4 BW)“ setzt sich zusammen aus, Informationsveranstaltungen zur Vorstellung der weiterführenden Schularten, Kompass 4, Informations- und Beratungsgesprächen durch die Klassenlehrkräfte, der pädagogischen Gesamtwürdigung der Klassenkonferenz auf Grundlage der in Klasse 4 erreichten Noten sowie der überfachlichen Kompetenzen, dem Elternwillen und bei Bedarf für die Aufnahme ins Gymnasium – dem Potenzialtest.

Landesreferat Grundschule: Wie stehen Sie zum neuen Aufnahmeverfahren?

Werner Steiner: Das neue Aufnahmeverfahren schafft vor allem mehr Verbindlichkeit beim Übergang auf die Schulart Gymnasium. Durch Kompass 4 ist eine Kompetenzmessung in das Verfahren integriert, so dass Lehrkräfte, Eltern und Schülerinnen und Schüler eine zusätzliche Rückmeldung über den Leistungsstand bekommen. Ich denke, wir sollten dem neuen Aufnahmeverfahren eine Chance geben, wenn auch sicherlich noch Optimierungsbedarf – zum Beispiel bei Kompass 4 – besteht.

Landesreferat Grundschule: Wo sehen Sie Entwicklungsbedarf? Können Sie Sie drei, vier Punkte ganz konkret benennen?

Werner Steiner: Mir würden noch mehr Punkte einfallen (lacht). Gut wäre, wenn die Testhefte von Kompass 4 in fertig gedruckter Form an die Schulen kommen würden. Die Zukunft wird uns auch zeigen, ob eine digitale Bearbeitung durch die Kinder eventuell zu ermöglichen wäre. Dennoch bin ich persönlich immer noch für die gedruckte Testausgabe. Ein fixer Zeitpunkt bei Kompass 4 um 9.00 Uhr ist ungut, hier sollte es am Tag der Testung den Schulen überlassen bleiben, wann sie die Testung durchführen. Auch der bereitgestellte Support war teilweise überfordert, man war lange in der Warteschleife, falls man Fragen



Werner Steiner

hatte. Außerdem muss die Bepunktung angepasst werden, denn es gibt nicht nur richtig oder falsch. Mir stellt sich darüber hinaus die Frage, warum die Beratungslehrkräfte als gut geschulte Expertinnen und Experten nicht in NAVI 4 miteinbezogen werden.

Landesreferat Grundschule: Was ist bereits gut gelungen? Was erhoffen Sie sich von NA-Vi 4 BW?

Werner Steiner: Ich beginne mit der zweiten Frage. Ich erhoffe mir, dass weniger Kinder nach kurzer Zeit vom Gymnasium „abgeschult“ werden. Diese negative Erfahrung und eine ständige Überforderung machen ja schließlich etwas mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern. Kompass 4 und dessen Aufgaben in Deutsch und Mathematik sind meiner Ansicht nach größtenteils gelungen. Natürlich könnten die Mathematikaufgaben etwas weniger textlastig und weniger umfangreich sein. Die Bearbeitungszeit war für viele Schülerinnen und Schüler sehr knapp bemessen.

Auch die bereitgestellten Handreichungen bei Kompass 4 sind hilfreich. Sie könnten dennoch zu einer etwas „schlankeren“ Handreichung zusammengefasst werden. Das Einstellen der Kompass 4-Unterlagen unter „Online-Bereitstellungen“ wäre bestimmt praktikabler.

Landesreferat Grundschule: Herr Steiner, herzlichen Dank für die Bereitschaft zum Interview.

Werner Steiner: Sehr gerne!

Der VBE befürchtet um den Fortbestand von „Lernen mit Rückenwind“

Das Programm „Lernen mit Rückenwind“ (LmR) hat sich als wichtige Stütze an den Schulen etabliert, nicht nur um die Lernrückstände, die während der Corona-Pandemie entstanden sind, zu kompensieren. Inzwischen ist es vielmehr auch ein wichtiges Instrument an vielen Schulen, um Schülerinnen und Schüler mehr und gezielte Förderung auch abseits von reinem Fachwissen zukommen zu lassen. Darüber hinaus ist LmR für Lehramtsstudierende ein Gewinn, um wichtige Praxiserfahrung sammeln zu können.

Bei der Fortführung des Programms bis April 2025 gibt es jedoch Vorgaben, die sich äußerst kontraproduktiv auf die Schulen auswirken. Der VBE fürchtet deshalb um den Fortbestand von LmR an vielen Schulen, falls keine Änderungen erfolgen sollten. Der Fehler liegt allerdings wie so oft im Detail: Neben dem bürokratischen Aufwand, den eine Vertragsverlängerung mit Einzelpersonen mit sich bringt, dürfen nach der bisherigen Regelung nur die Verträge von pädagogischen Assistentinnen und Assistenten verlängert werden. Das gilt es unbedingt zu ändern.

Dieser Personenkreis ist vor Ort bewährt und verfügbar, eine Aufstockung des Deputats mittels Zusatzvertrag, ist ein wichtiger Anreizfaktor für die pädagogischen Assistenten. Nicht zuletzt, da



einige Personen, die bei LmR tätig sind, mit ihrem Referendariat beginnen. Andere Studierende setzen ihre Tätigkeit wegen einer Schulpraxis-Phase aus. Ein einfaches Nachbesetzen der an den Schulen vorhandenen Stellen mit interessierten Studierenden ist nach jetzigem Stand allerdings nicht möglich.

Für den VBE gilt deshalb ganz klar:

1. Das Programm muss weitergeführt werden. Es gilt, bewährte Strukturen vor Ort zu erhalten.
2. Ein Nachbesetzen vorhandener Stellen muss möglich sein.
3. Pädagogischen Assistenten muss eine Beschäftigung innerhalb des Programms weiterhin möglich sein.

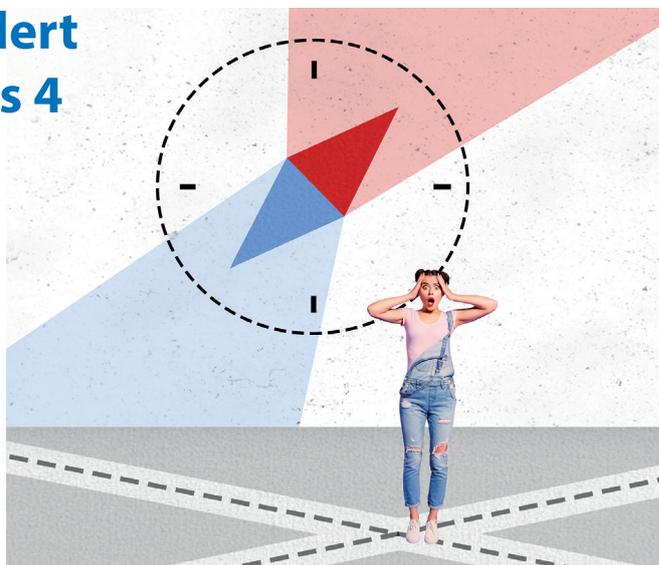
An den Schulen vor Ort gibt es viele gute Konzepte, in deren Entwicklung zum Wohle der Schülerinnen und Schüler viel Zeit und Aufwand geflossen sind. Der VBE wird sich in den Gesprächen mit dem Kultusministerium dafür einsetzen, dass diese Konzepte nicht enden müssen.

VBE Baden-Württemberg fordert Vereinfachungen bei Kompass 4

Kultusministerium und IBBW beschreiten mit Kompass 4 neue Wege. Unter hohem Druck wird an neuen Formaten und Programmen gearbeitet. Kompass 4 hat das Ziel, die Beratung beim Übergang auf die weiterführende Schule zu stärken und dabei sowohl Lehrkräfte bei ihrer Empfehlung als auch die Eltern bei ihrer Entscheidung zu unterstützen. Die Rückmeldungen zahlreicher Schulleitungen und Lehrkräfte aus dem Grundschulbereich sind im Augenblick äußerst kritisch. Vor allem der bürokratische und zeitliche Aufwand bei der Durchführung von Kompass 4 führt zu deutlich erhöhten Belastungen vor Ort. Der VBE BW fasst die Rückmeldungen zusammen und setzt sich in den Gesprächen mit dem Kultusministerium und dem IBBW dafür ein, die Handhabung von Kompass 4 künftig zu erleichtern.

Die wesentlichen Forderungen sind:

- Es muss künftig ein Support zu Kompass 4 während der Bearbeitungsphase eingerichtet werden.
- Der Download muss zu einem früheren Zeitraum und mindestens zwei Tage vorab möglich sein.
- Zukünftig sollte Kompass 4 in der entsprechenden Plattform für Lernstandserhebungen in Baden-Württemberg unter



www.lernstandserhebungen-bw.de eingestellt werden.

- Eine Bearbeitung und Auswertung von Kompass 4 sollte den Grundschulen analog und digital zur Verfügung gestellt werden.
- Fazit: Insgesamt muss die Handhabung rund um Kompass 4 deutlich vereinfacht werden.

Unser Versprechen: Der VBE bleibt für Sie dran!

VBE-Schulleitungsumfrage: Weitere Anstrengungen sind nötig, um die Lage zu verbessern

„In manchen Punkten verbessert sich die Lage, in anderen stagnieren Werte und das teilweise auf hohem Niveau. Es sind weitere Anstrengungen nötig, um die Lage signifikant zu verbessern und um eine Trendwende zu schaffen“, analysiert der Landesvorsitzende des VBE Baden-Württemberg Gerhard Brand die Schulleitungsumfrage des VBE. Im Auftrag des VBE hat forsa vom 11. September bis zum 9. Oktober bundesweit 1.311 Schulleitungen für eine repräsentative Umfrage befragt. 252 davon aus Baden-Württemberg.

Die Ergebnisse zeigen zwar leichte Verbesserungen in der Arbeitszufriedenheit, allerdings stellt der Lehrkräftemangel immer noch mehr als jede zweite Schulleitung vor Herausforderungen. Gefragt nach dem größten Problem an der Schule, beantwortet immer noch mehr als jede zweite Schulleitung diese Frage mit dem allgemeinen Lehrkräftemangel (53 Prozent). Im Vergleich zum Bund (61 Prozent) steht Baden-Württemberg hier aber besser da. Leichte Verbesserungen sieht die Umfrage auch bei der Inklusion und Integration (2024: 35 Prozent; 2023: 39 Prozent). Allerdings sagt fast jede fünfte Schulleitung (19 Prozent), dass das allgemeine Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler das größte Problem darstellt. In Baden-Württemberg ist dieses Problem größer als im bundesweiten Vergleich (13 Prozent). „Dass das Sozialverhalten der Schülerinnen und Schüler zunehmend zum Problem wird, deckt sich mit der Umfrage des VBE aus dem vergangenen Jahr an den Grundschulen und den Schulen der Sekundarstufe I. Es bleibt immer weniger Zeit für

das Kerngeschäft der Lehrkräfte – der Unterricht und die Arbeit mit den Kindern – übrig“, betont Gerhard Brand.

Arbeitszufriedenheit verbessert sich etwas

Die Arbeitszufriedenheit entwickelt sich insgesamt positiv: Sagten im vergangenen Jahr 77 Prozent, dass sie ihren Beruf sehr gern oder eher gern ausüben, sind es aktuell 84 Prozent. Baden-Württemberg liegt hier auf Bundestrend. „So gut die Verbesserung ist, so hat sich aber bei den Schulleitungen, die ihren Beruf wahrscheinlich nicht oder gar nicht weiterempfehlen würden, kaum etwas getan hat – das bereitet uns Sorge“, sagt der VBE-Landesvorsitzende. Rund die Hälfte aller Schulleitungen in Baden-Württemberg (48 Prozent) würde aktuell ihren Beruf wahrscheinlich nicht oder auf keinen Fall weiterempfehlen. Auf Vorjahresniveau befindet sich ebenfalls die Erfüllung beruflicher Aufgaben, während fast zwei Drittel der Schulleitungen angeben, häufig oder sogar immer ihre beruflichen Aufgaben zur eigenen Zufriedenheit erfüllen zu können, gelingt dies mehr als einem Drittel nur gelegentlich oder nie. Am meisten Unterstützung erfahren die Schulleitungen durch das Lehrerkollegium, gefolgt von der erweiterten Schulleitung und den Schülerinnen und Schülern. Die Umfrage zeigt, dass sich die Schulleiterinnen und Schulleiter in Baden-Württemberg vermehrt durch Verbände und Gewerkschaften unterstützt fühlen (39 Prozent). Hier ist Baden-Württemberg im Vergleich zum Bund (26 Prozent) deutlich besser.

Fast keine Verbesserung bei Belastungsfaktoren von Schulleitungen

Steigende Verwaltungsarbeiten, ein stetig wachsendes Aufgabenspektrum und die Auffassung, die Politik habe bei ihren Entscheidungen den tatsächlichen Schulalltag nicht ausreichend im Blick, sind nach wie vor die Hauptbelastungsfaktoren der Schulleitungen. Baden-Württemberg liegt komplett auf Bundesschnitt. Rund 9 von 10 Schulleitungen berichten außerdem über ein mangelndes Zeitbudget, oder aber einer Überlastung des Kollegiums. „Man kann sich sehr gut vorstellen, was passiert, wenn Lehrkräfte und Schulleitungen ständig am Rande ihrer Belastungsfähigkeit arbeiten. Der Dienstherr ist gefordert, um endlich für Entlastung zu sorgen“, sagt Gerhard Brand.

Kaum Veränderung bei den Verbesserungswünschen

Eine Entlastung ist dringend nötig: Ein Blick in die Umfrage verdeutlicht, dass sich fast alle Schulleitungen (98 Prozent) – wie in den vergangenen Jahren auch – mehr Anrechnungstunden zur Erfüllung besonderer Aufgaben wünschen, gefolgt von der Leitungszeit bei allen Schulen. Etwa 9 von 10 Schulleitungen wünschen sich eine bessere Ausstattung mit pädagogischen Fachkräften.

Lehrkräftemangel belastet Schulleitungen noch sehr

Der Lehrkräftemangel belastet die Schulleitungen etwas weniger als noch vor



einem Jahr (2024: 77 Prozent; 2023: 83 Prozent). Der Wert ist aber immer noch hoch. Etwas optimistischer blicken die Schulleitungen in die Zukunft – sagten vergangenes Jahr 74 Prozent der Schulleitungen, dass sie zukünftig stark oder sogar sehr stark vom Lehrkräftemangel betroffen sein werden, sagen dies in der aktuellen Umfrage nicht einmal mehr zwei Drittel (64 Prozent). Baden-Württemberg setzt sich hier vom Bundestrend (71 Prozent) ab.

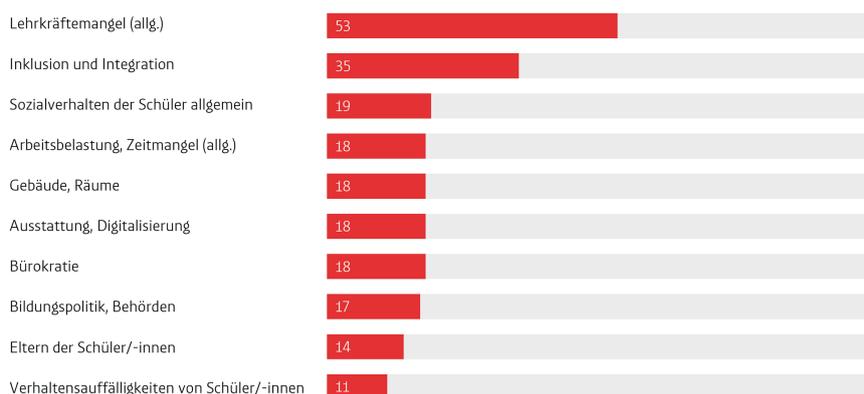
63 Prozent der Schulleitungen geben an, dass sie zu Schuljahresanfang keine unbesetzten Stellen für Lehrerinnen und Lehrer an ihrer Schule hatten. Etwa ein Drittel (32 Prozent) gab an, dass mindestens eine der zur Verfügung stehenden Lehrkräftestellen zu Beginn des laufenden Schuljahres nicht besetzt werden konnte. Gleichbleibend im Vergleich zum vergangenen Jahr (45 Prozent) ist die Anzahl der Schulleitungen, die angibt, dass an ihrer Schule mindestens eine Person ohne vorhergehende Lehramtsqualifikation beschäftigt ist.

Positive Aussichten bei Digitalisierung

40 Prozent der Schulleitungen sagen, dass sie bei digitaler Infrastruktur und der Ausstattungssituation an den Schulen, ausreichend finanzielle Mittel erhalten haben. 60 Prozent sagen, dass noch weitere Mittel benötigt werden. Im Vergleich zu 2023

forsa. Die größten Probleme an der Schule

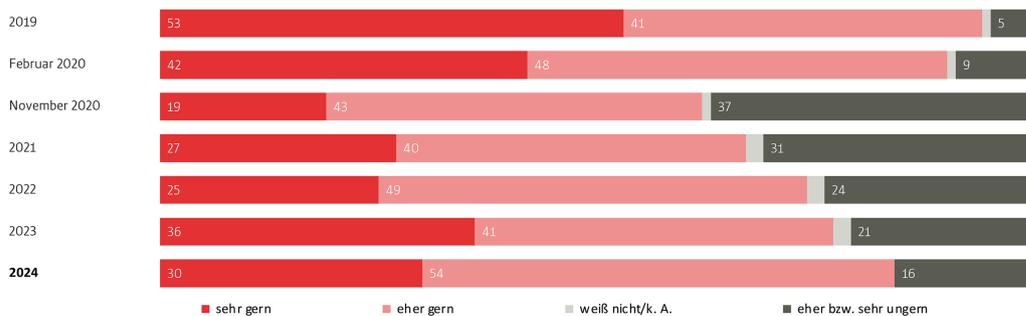
Schulleitungen nennen als die zurzeit größten Probleme an der Schule:



offene Abfrage, Mehrfachnennungen möglich | dargestellt sind Nennungen ab 11 Prozent in Baden-Württemberg | Angaben in Prozent
Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter | Oktober 2024

Es üben derzeit alles in allem ihren Beruf aus

Baden-Württemberg



Angaben in Prozent
Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter | Oktober 2024

haben sich die Werte deutlich verbessert (23 Prozent zu 75 Prozent). An 13 Prozent der Schulen in Baden-Württemberg gibt es für alle Klassen und an 83 Prozent zumindest für einen Teil Klassensätze an Laptops, Tablets und Smartphones. Gerhard Brand warnt: „In dieser Phase müssen sich Länder, Kommunen und Bund schnell einigen, wie die Anschlussfinanzierung des Digitalpakts gestaltet wird. Ansonsten verspielen wir diese gute Entwicklung.“

Ganztagsbetreuung an Grundschulen

Sagten im vergangenen Jahr noch 62 Prozent der Schulleitungen, dass ihre Schule für alle Kinder, die im Schuljahr 2026/2027 eingeschult werden, eine Ganztagsbetreuung gewährleisten kann, ist es aktuell nur noch jede zweite Schulleitung. „Der VBE betont schon lange, dass der kommende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung so nicht einzuhalten ist. Auch die Zahl der Schulleitungen, die an diesen hochgesteckten Zielen zweifeln, wird größer“, sagt Brand.

Note für die Bildungspolitik nur marginal besser

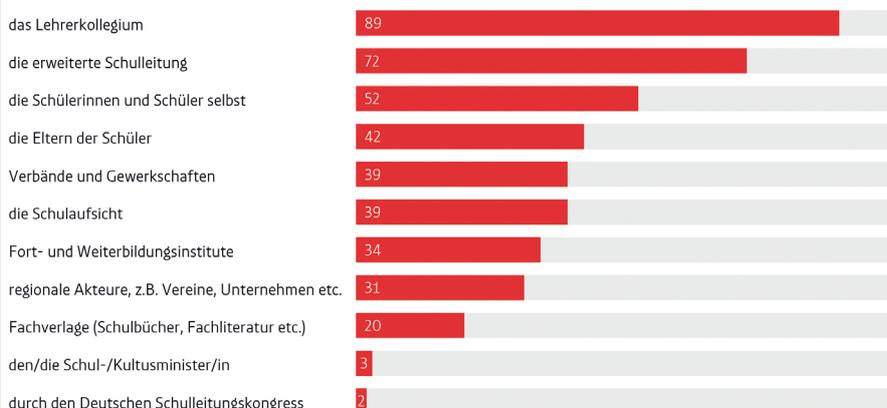
Die Schulleitungen auch gefragt, welche Note sie der Bildungspolitik geben würden. Mit einem Schnitt von 4,3 in der aktuellen Umfrage ist dieser nur marginal besser als im vergangenen Jahr (2023: 4,5) und immer noch schlechter als der Bundesschnitt (4,1). „Wir sehen die Bemühungen, die das Kultusministerium unternimmt, um den Lehrkräftemangel zu beheben und Lücken zu schließen, jedoch wirkt sich dies noch nicht auf seine Reputation unter den Schulleiterinnen und Schulleitern aus“, sagt der VBE-Landeschef.

Der VBE fordert angesichts der Umfrageergebnisse:

- Den Einsatz von Schulverwaltungsassistenten, damit sich Schulleitungen und Lehrkräfte auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können.
- Den flächendeckenden Einsatz multi-professioneller Teams.
- Mehr Anrechnungsstunden für die Erfüllung besonderer Aufgaben und mehr Schulleitungsstunden
- Eine dauerhafte und gesicherte Finanzierung für die Digitalisierung an Schulen.

forsa. Unterstützung durch andere Akteure

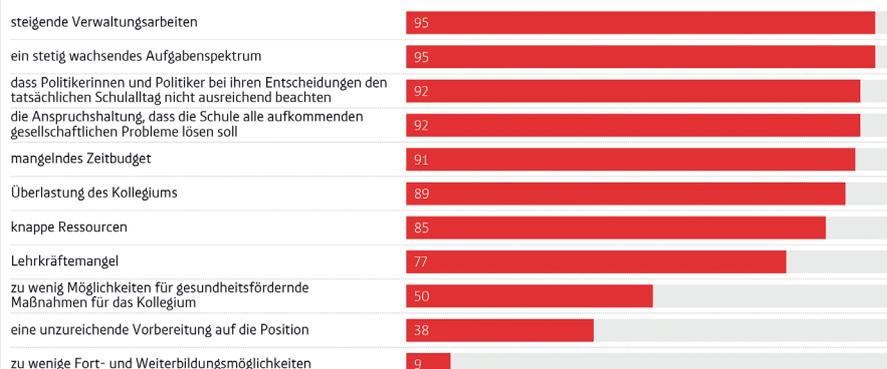
Es fühlen sich in ihrer Tätigkeit als Schulleiter persönlich (sehr) stark unterstützt durch:



Angaben in Prozent
Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter | Oktober 2024

forsa. Belastungsfaktoren von Schulleitungen

Schulleitungen werden zurzeit durch die folgenden Dinge (sehr) stark belastet:



Angaben in Prozent
Die Schule aus Sicht der Schulleiterinnen und Schulleiter | Oktober 2024

Umfrage Ergebniss-Bericht



Umfrage Ergebniss-Charts



Das neue Lehrerinnen- und Lehrerhandbuch 2025

Jetzt bestellen – sofort lieferbar!



Nur 16,00 Euro
für Lehrkräfte

27,00 Euro
für Schulen

+ Versandkosten



Bestellung an:
VBE Wirtschaftsservice
Heilbronner Straße 41
70191 Stuttgart

Fax: 0711 / 2293858
E-Mail: wirtschaftsservice@vbe-bw.de
Internet: <https://www.vbe-wirtschaftsservice.de>

Perfekter Ratgeber in schulischen Fragen ...



Grundschulreferat Baden-Württemberg



Alfred Vater
Leitung Referat Grundschule
VBE Baden-Württemberg und
Leitung Referat Grundschule VBE
Landesbezirk Südwürttemberg
Lehrer Berta-Hummel-Schule
Bad Saulgau, Kreisverbands-
vorsitzender Albstadt,
Mitglied im BPR Tübingen,
Vorsitz im ÖPR Albstadt.



Ursula Butscher-Zahn
Leitung Referat Grundschule
VBE Landesbezirk Nordbaden
Schulleiterin Grundschule
Arnbach.



Silke Siegmund
Leitung Referat Grundschule
VBE Landesbezirk Südbaden
Schulleiterin Grundschule
Denzlingen.



Johannes Knapp
Leitung Referat Grundschule
VBE Landesbezirk
Nordwürttemberg
Konrektor Prag-Grundschule,
Mitglied im ÖPR Stuttgart.



Walter Beyer
Stellvertretender
VBE Landesvorsitzender,
verantwortlich für den
Primarschulbereich,
Schulleiter Grundschule Wald,
Mitglied im HPR Stuttgart,
Mitglied im BPR Tübingen.

**„AUF DEN
ANFANG
KOMMT ES AN!“**

Quelle: Ministerium für Kultus, Jugend und Sport; Schreiben vom 23. Juli 2024

**STIMMT – UND WAS ES
DAZU BRAUCHT IST DAS**

SCAN ME



Verband Bildung
und Erziehung
Landesgeschäftsstelle,
Heilbronner Straße 41,
70191 Stuttgart

www.vbe-bw.de